

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Anstr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

N 113.

60. Jahrgang.

Dienstag, den 20. Mai

1913.

Der Geburtstag Sr. Majestät des Königs Friedrich August wird in diesem Jahre in folgender Weise gefeiert werden:

**Sonnabend**, den 24. Mai, abends 7 Uhr: Zapfenstreich.

**Sonntag**, den 25. Mai, früh 6 Uhr: Weckruf durch das Stadtmusikchor; nachmittags 1,2 Uhr: Festmahl im Rathauskaale.

Die städtischen und öffentlichen Gebäude werden **Flaggenstaud** erhalten.

An die gesamte Einwohnerschaft geht das Ersuchen, auch ihrerseits durch Beflaggen der Häuser oder auf sonstige Weise zu einer würdigen Feier dieses Tages durch Kräften beizutragen.

Stadtrat Eibenstock, den 14. Mai 1913.

**Holzversteigerung. Auerberger Staatsforstrevier.**

**Hotel „Stadt Leipzig“ in Eibenstock**

Donnerstag, den 20. Mai 1913, nachm. 2 Uhr

149 bu. u. ahorne Aste	13-45 cm stark,	3011 m.	Aste	7-12 cm stark,	
1359 m.	13-15 "	2490 "		16-22 "	
1282 "	23-29 "	383 "		30-44 "	
20 "	Verhauungen	8 "	545 "	Reislaugen	3-7 "
2,5 rm w. Ruhnknüppel,	2 rm h., 50 rm w. Brennknüppel,	26,5 rm h., 22 rm w. Aeste,			
l. b. Abt. 8 u. 60 (Schläge),	22, 48, 54, 55, 73 u. 74 (Einzelschläge).				

Rgl. Forstrevierverwaltung Auerberg. Rgl. Forstrentamt Eibenstock.

## Ein Umschwung in Serbiens Stimmung.

Wenn auch noch nicht gerade gesagt werden kann, daß Serbien auf alle Fälle gewillt ist, die Differenzen mit Bulgarien unbedingt auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen, so deuten doch alle Anzeichen darauf hin, daß man jetzt in Peter Sarageorgewitschs Bande sich einer weniger aufwiegenden Tonart befechtigen möchte. Zur Ruhe mahnt zunächst die offiziöse serbische Presse:

Belgrad, 16. Mai. Die offiziöse „Samoupravna“ verurteilt die serbische Presse, die mit der bulgarischen in gegenseitigen Beschuldigungen und Ausfällen wetteifere und mahnt zur Mäßigung mit Rücksicht darauf, daß ein solcher Ton dem gegenwärtigen Stande der zwischen Serbien und Bulgarien schwebenden Fragen nicht entspreche, da das Bündnis noch bestohe. Das Pressebureau des Ministeriums des Inneren forderte sämtliche Blätter auf, sich in der Polemik gegen bulgarische Blätter heftiger und beleidigender Äußerungen zu enthalten, und dementiert bei dieser Gelegenheit auf das bestimmteste die aus Belgrader Zeitungen in ausländische Blätter übergegangene Sensationsnachricht über angebliche Beschlüsse des Ministerrats gegen Bulgarien.

In Wien sind Meldungen eingelaufen, die erhoffen lassen, daß Serbien seinem Nachbarstaate Bulgarien Konzessionen gemacht hat, die eine friedliche Lösung des serbisch-bulgarischen Konfliktes sicher erscheinen lassen:

Wien, 18. Mai. Der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ in Sofia erfährt von besonderer Stelle, daß die bulgarische Regierung sich an Kajafo um Vermittlung in Belgrad gewandt habe und daß infolgedessen Serbien große Konzessionen gemacht hat. Die Regierung hoffe in drei Tagen eine vollständige Verständigung zu erzielen.

Wien, 18. Mai. Aus Sofia ist hier die Meldung eingetroffen, daß Serbien gestern im serbisch-bulgarischen Konflikt wichtige Konzessionen gemacht habe. Man hoffe in Sofia bald eine vollständige Verständigung zu erzielen.

Damit aber nun nicht gleich aller Konfliktstoff schwindet, versuchen jetzt die Franzosen in Albanien auf eigene Faust gegen Oesterreich zu intrigieren:

Wien, 18. Mai. Unter Heranziehung verschiedener Vorkommnisse konstatiert der Spezialkorrespondent der „Reichspost“ in Skutari, daß die besondere Durchführung der internationalen Aktion in Nord-Albanien speziell in Skutari den Interessen Oesterreich-Ungarns schädlich sei. Ramentlich die Franzosen unterlassen nichts, um das Ansehen Oesterreichs als des bisherigen Protektors der Katholiken Albanien zu schmälern. In diesem ihrem Verhalten werden sie noch durch die Haltung des englischen Admirals Burney unterstützt, während die Italiener sich vollständig loyal verhalten. Die französischen Quertreibereien erfolgen systematisch.

Auch einen neuen Thronkandidaten für Albanien hat man wieder auf den Schild gehoben, und zwar diesmal einen deutschen:

Wien, 18. Mai. Ein neuer Kandidat für den albanischen Thron ist aufgetaucht: Prinz Wilhelm Friedrich zu Wied, der Protestant ist und im Alter von 38 Jahren steht. Der Prinz ist preussischer Hauptmann im Großen Generalstab. Die Kandidatur soll bei der jüngsten Anwesenheit des Staatssekretärs von Jagow in Wien besprochen worden sein und allgemeine Sympathien gefunden haben. Die Anzuegung hierzu ist, wie es heißt, vom Prinzen Gottfried Hohenlohe ausgegangen, der bekanntlich vor kurzem in be-

sonderer Mission in Bukarest und Petersburg gewesen ist.

Eine etwas eigenartig anmutende Nachricht aus Konstantinopel geht uns in folgender Drahtmeldung zu:

Konstantinopel, 19. Mai. Die Pforte gibt bekannt, daß ihr die österreichische Regierung mitgeteilt habe, es liege keine Annexion von Adakaleh vor. Es handele sich bei dem Akt nur um eine provisorische Maßnahme. Die Adakalehfrage werde in London von den Boten schaftlern geregelt werden.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Zur reuß-preussischen Verbindung. Der Kaiser hat dem Prinzen Heinrich XXXIII. von Reuß j. L. anlässlich seiner am Sonnabend stattgefundenen Vermählung mit der Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen den Roten Adlerorden I. Klasse verliehen.

Veteranenfürsorge. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weist auf die ständig gestiegene Fürsorge des Reiches für seine Veteranen hin. Die Beihilfen seien von 1,8 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 29 Millionen Mark im Jahre 1912 angewachsen. Beihilfempfangen seien zurzeit 245 070 von 368 000 lebenden Kriegsteilnehmern. Nach dem neuen Gesetz werde die Veteranenbeihilfe von 120 auf 150 Mark jährlich erhöht. Weitergehenden Forderungen ständen Bedenken entgegen. Die allgemeine Wehrpflicht sei eine Ehrenpflicht, das Reich sei nur zur Unterhaltung der Veteranen verpflichtet, die gesundheitlichen Schäden erlitten hätten, und die Beihilfe habe nur die Bedeutung der Erstattung einer Dankeschuld. Die von den Sozialdemokraten verlangte Erhöhung auf 360 Mark würde die Bereitstellung von 88 statt 37 Millionen erfordern. Das Reich sorge besser für seine Veteranen als irgend ein anderer europäischer Staat. Rußland und Oesterreich kennen keine Veteranenfürsorge aus öffentlichen Mitteln, Frankreich gewähre 60 bis 120 Francs jährlich nur an Veteranen mit mehr als sechsjähriger Dienstzeit. In Dänemark erhielten die Teilnehmer der Kriege 1848-50 hundert Kronen jährlich, die Veteranen von 1861 nichts. Italien verwende jährlich sechs Millionen Lire für Veteranenfürsorge. Zudem trete im Deutschen Reich die private Veteranenfürsorge mit großer Opferwilligkeit hervor.

Trauerfeier für Major von Lewinski. Am vergangenen Sonnabend nachmittags fand in der Familiengruft der Familie von Töln in feierlicher Weise die Beisetzung des preussischen Militärattachés in München, Majors von Lewinski, statt. Vom Kaiser, dem Prinzregenten Ludwig, dem Prinzen Rupprecht, dem bayerischen Staatsministerium, dem Auswärtigen Amt, dem diplomatischen Korps, dem zahlreichen auswärtigen Offizierskorps, sowie von der Stadt Hannover waren Kranzspenden gewidmet. An der Feier nahmen die Generalität und die Spitzen der Behörden teil. Im Trauergefolge befand sich der Flügeladjutant des Kaisers, von Deines.

Ein Reichstagsabgeordneter gestorben. Reichstagsabgeordneter Freiherr von Thünefeld (Zentrum) ist am vergangenen Sonnabend abend infolge eines Schlaganfalles plötzlich gestorben. Der Verstorbene war Vertreter des sechsten Oberbayerischen Wahlkreises und gehörte seit 1898 dem Reichstage an.

### Frankreich.

Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Nach einer Blättermeldung wird der

Kriegsminister im Hinblick auf die von der französischen Kammer genehmigte Zurückbehaltung der Jahresklasse 1910 demnächst dem Parlament eine Kreditforderung von etwa 350 Millionen unterbreiten, um die Kosten für die erforderlichen Kasernenbauten, für Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sowie für Pferdekäufe zu decken. Der Kostenvoranschlag für die Einbehaltung der im Oktober freierwerbenden Jahresklasse unter den Fahnen erreicht die Summe von ungefähr vierhundert Millionen Francs. Ueber die Deckung der Kosten ist in der Gesetzesvorlage nichts enthalten. Es werden also für diese Vorlage und für diejenige, betreffend die für die Bewaffnung erforderlichen 420 Millionen Francs, neue Einnahmequellen in Höhe von mehr als 800 Millionen erschlossen werden müssen.

### Dänemark.

Die Seerechtskonferenz über die Sicherheit zur See. Die internationale Seerechtskonferenz nahm in der Nachmittagsession am Freitag fast einstimmig folgende Resolution an: In Anbetracht dessen, daß der beständige Fortschritt im Schiffsbau eine wesentliche Bedingung für die Sicherheit zur See ist, und daß jede Gesetzgebung, die sich nicht auf diesem Fortschritt aufbaut, oder mit ihm geht, eher schädlich ist, erklärt die Konferenz, daß ein internationales Einverständnis über die Sicherheit zur See einen wirksamen Beitrag zu den allgemeinen Regelungen, betreffend die Fragen über drahtlose Telegraphie, wasserdichte Schotten und Rettungsmaterial, liefern könnte. Die Konferenz beschloß sodann die Errichtung eines internationalen Bureaus zur Ausarbeitung von Vorschlägen über die eben genannten Fragen, sowie zur eventuellen Erteilung von Ratschlägen und zur Beantwortung von Anfragen.

### England.

Wahl fürs englische Unterhaus. Bei der Erziehung in Newmarket wurde für den verstorbenen Liberalen Rose der Unionist Pender mit 5251 Stimmen ins Unterhaus gewählt.

### Spanien.

Ein spanisch-italienisches Nordafrika-Abkommen. Amtlich wird ein Abkommen zwischen Spanien und Italien veröffentlicht, durch welches der Zustand der Gleichberechtigung in der spanischen Zone in Marokko und in Libyen eingeführt wird.

### Griechenland.

Asquith und Churchill in Griechenland. Premierminister Asquith und Ministerpräsident Churchill sind mit ihren Gattinnen und mit der Begleitung am Sonnabend früh in Korinth eingetroffen. Der englische Gesandte hatte sich zur Begrüßung eingefunden. Asquith und Churchill wurden am Sonnabend abend in Athen erwartet, sie werden zwei oder drei Tage inognito dort bleiben.

### Türkei.

Französisch-türkische Verhandlungen. Der „Ameroliptos“ meldet, Haffi Pascha habe den Auftrag erhalten, nach Beendigung seiner Londoner Mission nach Paris zu gehen, um die zwischen der Türkei und Frankreich in Kleinasien schwebenden Fragen zu regeln.

Das englisch-türkische Abkommen. Der „Tasfirievhar“, der im Ministerium Verbindungen unterhält, bringt die Erklärung, daß allen Zeitungscommuniqués entgegen, England und die Türkei das Abkommen betreffend Koweit bereits unterzeichnet haben. Das Auswärtige Amt halte aus gewissen Gründen diese Tatsache vorläufig noch geheim. England habe bereits die Erhöhung der Zollgrenze um